

Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur Familienpolitik

"Familie ist, wo Kinder sind - Politik für ein familien- und kinderfreundliches Deutschland"

Do, 18.04.2002

In seiner Regierungserklärung sprach Bundeskanzler Schröder am 18. April über Stand und Perspektiven der Familienpolitik.

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Familie - so heißt es in Artikel sechs unseres Grundgesetzes - steht unter dem besonderen Schutz des Staates. Wohlgemerkt: Im Grundgesetz heißt es nicht, dass etwa der Staat den Menschen vorzuschreiben habe, wie sie zu leben hätten. Wenn wir also heute über den Stand und die Perspektiven der Familienpolitik sprechen, müssen wir zunächst einmal in Erinnerung rufen, welche familienpolitische Wirklichkeit meine Bundesregierung vorgefunden hat. Wir haben grobe Ungerechtigkeiten vorgefunden, die das Bundesverfassungsgericht mehrfach als verfassungswidrig bezeichnet hat; man könnte auch sagen: als Verfassungsbruch.

Wir sollten vor diesem Hintergrund nicht den Fehler machen, über Familie so zu dozieren, wie sich das der eine oder andere Ideologe vorstellt. Das jedenfalls ist mit unserem Verständnis von Familie und, damit zusammenhängend, von Freiheit nicht zu vereinbaren. Politik der Freiheit handelt davon, wie die Menschen leben wollen, nicht, wie sie leben sollen. Deshalb setzen wir mit unserer Politik dort an, wo Menschen zusammenleben, wo sie sich wohl fühlen, Geborgenheit finden und Vertrauen herrscht, in der Familie also. Familien bilden das stabile Zentrum unserer Gesellschaft. Von allen sozialen Netzen ist die Familie mit Abstand das wichtigste für die Menschen, nicht nur bei uns.

Dies ist der Grund dafür, dass die Bundesregierung mit vielfältigen Formen Familien fördert und sie unterstützt, und zwar unabhängig davon, ob sich die Menschen für Trauscheine oder andere Ausdrucksformen ihrer gegenseitigen Verpflichtung entschließen. Entscheidend ist für uns, dass die Familie der Ort ist, an dem Menschen ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen, das heißt vor allen Dingen, Verantwortung für Kinder.

Wir sind davon überzeugt, dass eine solidarische Gesellschaft überhaupt erst entstehen kann, wenn es solche solidarischen Netzwerke, Familien

also, in der Gesellschaft gibt. Solidarische Familien können nur im Respekt vor den Wünschen und Rechten zur Selbstbestimmung befähigter Menschen existieren. Wir unterstützen durchaus das, was man die traditionelle Familie nennt, die Familie mit Mutter, Vater und Kindern. Wir unterstützen aber auch die Familien, in denen Eltern nicht miteinander verheiratet sind, in denen ein Elternteil oder beide ein Kind mit in die Beziehung bringen und in denen Mütter oder Väter ihre Kinder allein erziehen. Auch das ist Familie.

Es geht doch darum, Wirklichkeiten, die sich verändert haben, zur Kenntnis zu nehmen und in den veränderten Wirklichkeiten Familien in all ihren Ausdrucksformen zu unterstützen. Die Familie - das ist bekannt - ist schon oft totgesagt worden. Doch in diesen Verschiedenheiten und natürlich in erster Linie als traditionelle Familie lebt sie, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich als wandlungsfähig erwiesen hat. Genau deshalb und darin hat sie auch Zukunft.

Zukunft hat sie vor allen Dingen aus dem Grunde, weil uns seit 1998 der Politikwechsel hin zu einer wirklich familienfreundlichen Gesellschaft gelungen ist. Es lässt sich nun nicht bestreiten, dass alle Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die die Familienpolitik als schlicht verfassungswidrig bezeichnen, vor dem Hintergrund Ihrer Politik und nicht vor dem Hintergrund unserer Politik judiziert worden sind.

Wir haben den Familien durch den Ausbau des Familienleistungsausgleichs zu mehr materieller Sicherheit verholfen. Wir haben das Kindergeld in den dreieinhalb Jahren, in denen wir regieren, dreimal um insgesamt 40 Euro auf 154 Euro erhöht. Wir haben die Familienbesteuerung neu geordnet. Seit dem 1. Januar 2002 gibt es einen einheitlichen Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung. Er beträgt 2.160 Euro, für auswärts studierende Kinder gibt es noch einmal 924 Euro dazu. Mit der Steuerreform haben wir den Grundfreibetrag - gewiss nur stufenweise, aber eben solide finanziert - angehoben und den Eingangssteuersatz stufenweise gesenkt. Das hilft gerade Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Darüber hinaus haben wir den Kindergrundfreibetrag auf 3.648 Euro - also wirklich kräftig - erhöht.

Die Familien spüren diese Entlastung. Eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Einkommen hat in diesem Jahr gegenüber 1998 fast 2.000 Euro - nach der alten Rechnung also fast 4.000 DM - mehr zur Verfügung. Diese Regelungen gelten für alle Eltern, ob sie verheiratet sind oder nicht, ob sie zusammen mit einem Partner oder alleine erziehen. Ich denke, das ist ein wirklicher Fortschritt.

Schließlich noch ein Wort zum Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende. Das Bundesverfassungsgericht sieht darin eine Benachteiligung für Verheiratete. Karlsruhe hat deshalb der Politik aufgegeben, diesen Haushaltsfreibetrag abzuschaffen. Ich will hier sehr deutlich sagen: Mich hat diese Entscheidung nicht überzeugt. Sie ist unter Rückgriff auf den Gleichheitsgrundsatz judiziert worden. Mein Eindruck ist, dass hier etwas miteinander verglichen worden ist, was eben nicht verglichen werden

kann. In puncto Betreuung ist es nämlich schlicht so, dass die Alleinerziehenden naturgemäß einen weit höheren Betreuungsaufwand haben als diejenigen, die zu zweit ein Kind erziehen können.

Ich glaube also, dass der Ansatz des Bundesverfassungsgerichts, hier herrsche ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, jedenfalls für mich - es muss möglich sein, das zu sagen - nicht nachvollziehbar ist. Es wurde nämlich nicht Gleiches ungleich behandelt, sondern es wurde aufgrund der höheren Betreuungskosten für Alleinerziehende Ungleiches ungleich behandelt. Das darf nach dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes durchaus sein.

Ich hätte mir also wie viele in diesem Hohen Hause eine andere Entscheidung gewünscht. Aber wir haben dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen und müssen sie umsetzen. Wir werden sie aber so umsetzen, dass das erhalten bleibt, was vor dem Hintergrund dieses Urteils möglich ist.

Ich will hinzufügen, dass natürlich gefordert worden ist: Dann behandelt doch die Verheirateten so wie die Alleinerziehenden. Objektiv wäre das möglich gewesen. Allein vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die Konsolidierungspolitik weiterzubetreiben, war dies - jedenfalls jetzt - nicht finanzierbar. Deswegen war uns dieser Ausweg verschlossen. Ich finde, gerade das muss in der Öffentlichkeit gesagt werden.

Trotzdem möchte ich eines klarstellen: Alleinerziehende werden nicht wie Singles besteuert, wie das gelegentlich behauptet wird. Sie haben nämlich die gleichen Ansprüche auf Steuerfreibeträge und auf Kindergeld wie verheiratete Eltern. Es kommt mir darauf an, das festzustellen. Denn es ist in diesem Zusammenhang viel Fehlinformation betrieben worden. Wegen des Wechsels der Steuerklassen ist gesagt worden, hier würden Alleinerziehende anders behandelt. Aber das stimmt nicht. Alleinerziehende haben die gleichen Ansprüche im Hinblick auf die Steuer und bei den Familienleistungen. Sie profitieren im übrigen von der Steuerreform. Ich bin froh, dass es gelingen wird, allen Alleinerziehenden bis 2005 die Geltendmachung eines Haushaltsfreibetrages zu erhalten. Das war das Äußerste dessen, was nach dem Urteil der Verfassungsjuristen vor dem Hintergrund des skizzierten Urteils objektiv möglich war.

Zusätzlich haben wir die schlimmsten Fehlentwicklungen aus der Regierungszeit von CDU/CSU und FDP korrigiert. Beim Erziehungsgeld waren die Einkommensgrenzen von 1986 bis 1998, also volle zwölf Jahre, nicht verändert worden. Das sind zwölf Jahre, in denen die Familienpolitik weder dem wirtschaftlichen Fortschritt noch der Teuerungsrate angepasst wurde. Im Ergebnis hatte das zur Folge, dass immer weniger Eltern Erziehungsgeld bekamen. Wir haben das geändert und die Einkommensgrenzen angehoben. Damit haben wieder mehr Familien Anspruch auf diese Leistungen.

Auch das Wohngeld war von 1992 bis 1998 nicht erhöht worden. Das heißt, es gab sechs Jahre lang real weniger Wohngeld für diejenigen

Familien, die darauf angewiesen waren. Wir haben das geändert. Es gibt jetzt mehr Wohngeld und das nützt vor allen Dingen den einkommensschwächeren Familien.

Schließlich sind in den 90er Jahren die BAföG-Leistungen - politisch gewollt - massiv zurückgefahren worden. Im Ergebnis führte das dazu, dass immer weniger Kinder aus einkommensschwachen Familien studieren konnten. Wenn man das politisch gewollt macht, dann drückt man damit aus, dass es einem eben nicht um die Förderung der Begabung aller jungen Menschen geht, sondern nur um die derjenigen, denen man sich besonders zuwendet. Das ist eine Förderung von Begabungen im Volk, die nach dem Motto verläuft: für die eigenen der Königsweg und für die anderen der Trampelpfad.

Das war eine Familien- und Bildungspolitik, in der der Geldbeutel der Eltern über die Lebenschancen der Kinder entschieden hat. Das haben wir gründlich geändert. Wir haben die Bedarfssätze und die Freibeträge massiv angehoben, und zwar deshalb, weil nur auf diese Weise wieder mehr begabte junge Menschen, die es sich ansonsten wegen des Einkommens ihrer Eltern nicht hätten leisten können, studieren können. Die Zahl der BAföG-Empfänger ist um 81.000 auf jetzt 445.000 gestiegen. Das kostet den Staat etwas; das ist gar keine Frage. Aber ich bin stolz darauf; denn diese Kosten sind wirklich gut angelegte Investitionen in die Zukunft.

Dabei geht es nicht nur um die nackten Zahlen. Mehr Studenten heißt noch nicht mehr Qualifikation und höhere Bildungschancen. Wer die PISA-Studie nicht nur selektiv gelesen hat, kommt nicht umhin, festzustellen, dass soziale Ausgrenzung und materielle Bildungsbarrieren immer noch und in einem Maße, wie ich das nicht für vorstellbar gehalten habe, das größte Hindernis auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen, aber eben auch menschlichen, allen Menschen eine Chance gebenden Wissensgesellschaft sind. Wir können und wir müssen es uns ganz einfach leisten, gleiche Bildungschancen für alle, unabhängig von der sozialen Herkunft, anzubieten. Es ist jetzt etwa 30 Jahre her, dass Willy Brandt die deutsche Gesellschaft im Hinblick auf das Ziel einigen konnte, dass jeder Mensch das gleiche Recht auf Bildung und damit auf Entwicklung seiner eigenen Begabungen und Fähigkeiten hat. 16 Jahre konservativer Regierung haben uns in dieser Hinsicht zurückgeworfen. Das haben wir geändert, weil es geändert werden musste.

Wir haben im Unterhaltsrecht dafür gesorgt, dass Väter, die für ihre Kinder weniger als das Existenzminimum bezahlen, kein Kindergeld mehr bekommen. Oder ich nenne die Kinderbetreuung: Gute Kinderbetreuung - wir wissen das - kostet Geld, zum Teil viel Geld - und das ist gerade bei Alleinerziehenden oftmals sehr, sehr knapp. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass erwerbsbedingte Betreuungskosten seit dem 1. Januar 2002 steuerlich abzugsfähig sind. Ferner haben wir - das sollte nicht vergessen werden - den Schutz von Kindern vor Gewalt verbessert. Um nicht missverstanden zu werden: In der Erziehung Grenzen zu setzen, das ist sicher richtig und notwendig. Doch nach unserer Auffassung muss das

ohne Gewalt geschehen. Denn Gewalt ist immer auch Demütigung; Gewalt verletzt die Seele und zerstört Selbstbewusstsein und auch Selbstvertrauen. Es genügt nicht, Gewalt in der Familie zu ächten und zu verbieten. Es ist darüber hinaus wichtig, die vermeintlichen Schutzräume zu schließen, in denen die Schutzlosen von den Stärkeren misshandelt werden. Deswegen haben die heutigen Regierungsfractionen lange auf wirksamen Schutz vor Vergewaltigung in der Ehe gedrängt.

Doch unsere politische Aufgabe kann nicht nur darin bestehen, Gewalt zu bestrafen; wir müssen sie auch frühzeitig verhindern, also präventiv handeln. Das heißt, wir müssen von vornherein in den Familien menschenwürdige Verhältnisse schaffen, um Konflikte wie die beschriebenen gar nicht erst auftreten zu lassen.

Niemals zuvor wurden die Familien umfassender gefördert als heute. Seit unserem Regierungsantritt haben wir die Aufwendungen für Familien um mehr als 13 Milliarden Euro auf mittlerweile fast 53 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Darum sage ich hier ganz bewusst: Wir sind stolz auf das, was wir für die Familien haben erreichen können. Wir wollen diesen Weg der Verbesserung - das ist immer noch nötig - weiter gehen. Wir werden nicht zulassen, dass etwas verloren geht; wir wollen das Erreichte absichern und darauf aufbauen. Wir haben die materielle Sicherheit von Familien in unserem Land verbessert. Aber ich denke, Familien brauchen mehr als materielle Hilfe.

Lebenspläne von Müttern und Vätern sind heute sehr unterschiedlich: mal mit, mal ohne Berufstätigkeit, mal mit kurzen, mal mit langen Elternzeiten, die mal zwischen den Partnern verteilt, mal auf mehrere Jahre verteilt sind. Damit wir uns richtig verstehen: Mütter und Väter, die sich gegen Erwerbstätigkeit und für die Erziehung und die Familienarbeit entscheiden, verdienen unser aller Respekt und unser aller Unterstützung. Wenn Menschen jedoch gezwungen sind, ohne dass sie es wollen, sich für Familie oder Beruf zu entscheiden, dann, denke ich, läuft etwas falsch in unserer Gesellschaft. Frauen und Männer, die Kinder großziehen und einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen - ihre Zahl wächst, und das häufig aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten -, erwarten von der Politik zu Recht, dass genau dafür Bedingungen geschaffen werden. Diese haben wir ungeachtet unserer Anstrengungen längst noch nicht erreicht, jedenfalls noch nicht so, wie es objektiv notwendig ist und wie wir sie uns vorstellen.

Immer mehr Eltern, vor allem junge Frauen, wollen heute beides: Sie wollen eine Familie, aber auch ihren Beruf. Das ist übrigens kein Wunder; denn sie sind heutzutage besser ausgebildet als jemals zuvor. Also besteht die Aufgabe darin, die Voraussetzungen für diejenigen weiter zu verbessern, die ihre Vorstellungen von Familie und Beruf in einen guten Einklang bringen wollen. Wir haben einiges auf den Weg gebracht, zum Beispiel die Elternzeit. Diese haben wir flexibler gestaltet und auch für Väter attraktiver gemacht.

Ein anderes Beispiel - es wird viel gescholten; aber vor diesem

Hintergrund sollte die Bewertung noch einmal überdacht werden - ist das Teilzeitgesetz. Auch nach der Elternzeit wollen vor allen Dingen Mütter, manchmal aber auch Väter, in Teilzeit arbeiten. Wir haben den Anspruch auf familienbedingte Teilzeitarbeit auf die Zeit nach der Elternzeit ausgedehnt. Wir wissen natürlich, dass er mit den betrieblichen Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden muss. Deshalb enthält das Gesetz auch eine sinnvolle Balance zwischen Möglichkeit und Notwendigkeit.

Die Erfahrungen zeigen: Das, was Familien brauchen, ist öffentliche Verantwortung. Sie brauchen eine Verantwortung, die die private Verantwortung stärkt, sie stützt und unterstützt. Was sie nicht brauchen, ist eine staatliche oder gesellschaftliche Regie oder gar Bevormundung.

Keine Frage: Wir alle - das geht nicht nur das Hohe Haus, die Regierung oder nur die Opposition an - müssen viel mehr dafür tun, dass es Frauen und Männern möglich wird, Elternschaft und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist dafür der wichtigste Schlüssel. Sie ist ein zentraler Beitrag zur Lebensqualität und zur Chancengleichheit von Kindern. Mehr noch: Mir geht es darum, darauf hinzuweisen - auch das ist notwendig -: Eine so ausgestaltete Betreuung ist mehr und mehr auch ökonomisch notwendig, weil sie ökonomisch vernünftig ist und nur auf diese Weise alle, aber auch wirklich alle Begabungsreserven in unserem Land für das Wachsen und Gedeihen der Volkswirtschaft genutzt werden können.

Wir haben zu wenige zeitlich flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Deutschland. In den meisten Bundesländern existiert ein solches Angebot ganz überwiegend nur halbtags und nur für die Drei- bis Sechsjährigen. Katastrophal ist die Situation für Eltern mit Kindern unter drei Jahren. In Westdeutschland zum Beispiel gibt es lediglich für fünf Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz. Auch bei der Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen liegt vieles im Argen. Bundesweit gibt es diese Betreuungsmöglichkeit gerade einmal für knapp 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler.

Natürlich weiß ich um die Zuständigkeiten. Aber wenn es um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt geht, dann dürfen uns formale Kompetenzen nicht daran hindern, mitzuhelfen, dass Sinnvolles und vor allen Dingen Notwendiges geschieht. Niemand will Ländern und Kommunen ihre Verantwortung für die Kinderbetreuung abnehmen. Aber auch in Deutschland müssen Eltern die Möglichkeit haben, die Betreuung nach den Bedürfnissen ihrer Kinder und in Einklang mit ihren eigenen Lebensentwürfen für sich und ihre Familien zu organisieren. Was das vermeintlich Beste für die Kinder ist, die mit ihren Eltern und Geschwistern aufwachsen, sollte eben nicht der Staat entscheiden wollen. Das ist der Grund, warum wir für die Familien, die dieses wollen, ein deutlich verbessertes Angebot einer verlässlichen und in der Perspektive - natürlich geht das nur schrittweise - ganztägigen Kinderbetreuung brauchen.

Insgesamt benötigen wir ein qualitativ hochwertiges und zuverlässiges Netz aus Krippen, Kindergärten, Horten und Schulen, denn Betreuung, Bildung und Erziehung gehören zusammen. Ganztagsbetreuung mit pädagogischen Anregungen und Anleitungen in den Kindergärten und den Schulen ist deshalb von elementarer Bedeutung für unsere Kinder und Jugendlichen. Wie dies geht, demonstrieren übrigens einige Bundesländer. Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben mit dem Ausbau der Ganztagschule und der Ganztagsbetreuung begonnen. Aber wir brauchen auf diesem Weg noch deutlichere Fortschritte. Deshalb wird die Bundesregierung eine eigene Anstrengung unternehmen, um einen weitergehenden Ausbau der Ganztagsbetreuung in Deutschland zu erreichen. Zuständigkeiten, die wir respektieren, dürfen kein Vorwand für Untätigkeit auf diesem so zentralen Gebiet sein.

Wir wollen deshalb - ich denke, mit den Ländern ist darüber Einvernehmen zu erzielen - ein Zukunftsprogramm Bildung und Betreuung auflegen. Mit diesem Programm wird in den nächsten vier Jahren mit jährlich einer Milliarde Euro genau dieser Aspekt unserer Politik gefördert. Ich bin ziemlich sicher, dass wir - in Respekt vor der Zuständigkeit der Länder und Kommunen - Wege finden, um genau dieses Programm mit den Ländern zusammen, die dies dann an die Kommunen weitergeben, umzusetzen. Es ist an der Zeit, eine solche gesamtgesellschaftliche große Anstrengung zu unternehmen. Wir werden das tun.

Ich muss noch auf einen Bereich zu sprechen kommen, wo auch vieles im Argen liegt. Im Zusammenhang mit den Leistungen, die wir erbracht haben, und mit dem, was wir uns vorgenommen haben, ist es nur richtig, darauf hinzuweisen: Auch und vor allen Dingen in den Unternehmen sind familienfreundliche Arbeitszeiten und deren Gestaltung bedauerlicherweise immer noch die Ausnahme. Auch hier muss eine Menge getan werden. Dies gilt es, ohne Abstriche auch öffentlich deutlich zu machen.

Auch hier gilt übrigens: Wo immer hier Versäumnisse sind, bei der Gestaltung der Arbeitszeiten, bei der - auch in diesem Zusammenhang kann dieses Wort ruhig einmal gebraucht werden - Flexibilität der Arbeitsorganisation und bei der Betreuung - auch an der Betreuung durch die Unternehmen mangelt es: Meistens tragen Frauen die Konsequenzen. Sie sind es dann nämlich, die ihre Qualifikation nur unzureichend in die Arbeitswelt einbringen können. Natürlich hat Deutschland auch deshalb eine der geringsten Frauenerwerbsquoten in Europa. Dies ist übrigens nicht nur ein Fehler im Hinblick auf die Frage der sozialen, der gesellschaftlichen Gleichheit und der damit verbundenen Gerechtigkeit, sondern auch ökonomisch.

Die Konsequenz dessen ist klar: Auch die Arbeitswelt - hier tragen vor allen Dingen die Unternehmen die Verantwortung - muss frauenfreundlicher und familiengerechter werden. Dann und nur dann haben viel mehr junge Frauen, die besser ausgebildet sind als jemals zuvor, ihre ganz spezifische Chance, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen

einzubringen, ohne den Wunsch nach Zusammenleben in der Familie und mit Kindern aufgeben zu müssen.

Es ist eine große Aufgabe, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu machen. Das wird nur im Konsens möglich sein. Dazu bedarf es der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Betriebsräte. Genau deswegen haben wir begonnen - übrigens im Einvernehmen mit den Einsichtigen in den Wirtschaftsverbänden -, dies zu einer zentralen Frage bei den Beratungen im Bündnis für Arbeit zu machen. Den weniger Aufgeschlossenen in den Unternehmen, die immer noch glauben, dass die Gleichheit zwischen Frauen und Männern - auch in den mittleren, gehobenen und höheren Führungspositionen - in der Wirtschaft etwas sei, was man nicht so wichtig nehmen müsse und man deswegen - bislang gilt das Gebot der Freiwilligkeit - ruhig vernachlässigen dürfe, muss man sagen: Falls es nicht wie vereinbart klappt, werden wir auch auf diesem Gebiet gesetzlich handeln müssen.

Es ist keine Frage - das weiß nicht nur der Bundesfinanzminister. Die finanziellen Spielräume bleiben eng. Deswegen werden wir uns bei der Umsetzung dessen, was ich skizziert habe, auf das, was wirklich vordringlich ist, konzentrieren. Ich denke, in der Familienpolitik gibt es im Augenblick nichts Wichtigeres, als den Ausbau der Kinderbetreuung zu forcieren. Genau das wird der Schwerpunkt unserer Familienpolitik in der nächsten Legislaturperiode sein.

Darüber hinaus haben wir uns vorgenommen, auch den Familienleistungsausgleich weiterzuentwickeln. Im Vergleich zur Besteuerung kinderloser Ehepaare wollen wir bei der Besteuerung von Familien Gestaltungsspielräume nutzen, ohne diejenigen zu benachteiligen, die häufig - auch das muss man sehen - aus wirtschaftlichen, sozialen und anderen Gründen in einer bestimmten Form der Familie zusammenleben und deswegen auf diese Förderungsmöglichkeiten angewiesen sind.

Familienpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Das haben wir in den vergangenen Jahren immer im Auge gehabt. Deshalb haben wir für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen gesorgt. Die gewaltige Verschuldung, die wir 1998 übernommen haben, war eine Hypothek nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und Enkel. Das ist übrigens der Grund, warum wir begonnen haben, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Dadurch machen wir Politik wieder handlungsfähig. Wer jetzt mit völlig illusorischen, weil in keiner Weise finanzierbaren, Forderungen durchs Land läuft, weil Wahlkampf ist, signalisiert den Menschen im Land zugleich, dass er wieder in die Verschuldung herein will, aus der wir gerade erst herausgekommen sind.

In diesem Zusammenhang ist mir eines noch wichtig, weil es auch etwas mit der Familie und der Familienpolitik zu tun hat: Es geht um die Frage, wie sich die Ausbildung in diesem Land in den letzten dreieinhalb Jahren entwickelt hat. Wir erinnern uns alle: Bevor wir in die Regierung gekommen sind, gab es nicht nur im Osten, sondern auch im Westen

unseres Landes eine wirklich bittere Ausbildungsplatznot. Das hat negative Auswirkungen auch auf die Familie und die Art ihres Zusammenlebens.

Deswegen freue ich mich, dass wir es geschafft haben, jungen Menschen, die eine Ausbildung suchen, wieder eine Perspektive zu geben. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist deutlich gestiegen. Auch in diesem Jahr wird das Angebot höher als die Nachfrage sein. Im Westen des Landes ist es bereits so, dass die Zahl der gewerblichen Ausbildungsplätze die Nachfrage deutlich übersteigt. Mit dem JUMP-Programm, das Sie bitter bekämpft haben, haben wir den jungen Leuten auch im Osten eine Chance gegeben. Das haben Sie doch die ganze Zeit versäumt.

Mit dieser Politik, die eben auch die Konsequenz von Familienpolitik in anderen Politikbereichen ist, sorgen wir dafür, dass insbesondere junge Menschen eine Chance zum Einstieg in das Arbeitsleben haben und sich damit erst die Möglichkeit erwerben, ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu führen. Das ist das Ergebnis unserer Politik. Das Gegenteil war das Ergebnis Ihrer Versäumnisse.

Unsere Politik - deswegen sind wir stolz darauf - sorgt für ein sinnvolles Verhältnis zwischen privaten Möglichkeiten und staatlichen Notwendigkeiten. Das bedeutet Sicherheit und Verlässlichkeit sowohl für den Einzelnen als auch für die Familie. Weil das richtig ist und unsere Gesellschaft zusammenhält, werden wir diese Politik unbeirrt fortsetzen.

Die familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung:
www.familie-deutschland.de